



Inhalt

[dbb Jahrestagung 2014 „Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert“+++](#)

[dbb fordert systemgerechte Übertragung der „Rente mit 63“ ins Beamtenrecht+++](#)

[dbb Chef gratuliert Bundesinnenminister de Maizière zur Ernennung+++](#)

[Betriebsratswahlen 2014: Internet-Sonderseite des dbb freigeschaltet+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBB: Kein Stellenabbau ohne Aufgabenabbau+++](#)

[dbb Hessen warnt schwarz-grüne Koalition: Öffentlichen Dienstes nicht von Einkommensentwicklung abkoppeln+++](#)

[dbb saar fordert systemgerechte Übertragung des Rentenrechts ins Beamtenrecht+++](#)

[Sachsen-Anhalt beschließt Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe+++](#)

[Knecht: Landesbildungsministerium verunsichert Lehrerschaft+++](#)

[Keine Praxisgebühr mehr für Berliner Beamte – Kritik an „Änderung im Schneckentempo“+++](#)

[DPoIG Bundespolizeigewerkschaft: Erfreut über Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Innenminister de Maizière+++](#)

[GDL: Streik möglich+++](#)

[DPoIG zu Vorratsdatenspeicherung: Deutscher Gesetzgeber soll EU-Urteil abwarten+++](#)

[BLBS gegen EU-Pläne zur Liberalisierung in Handwerksberufen+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb Jahrestagung 2014 „Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert“

(dbb) Vom 5. bis 7. Januar 2014 lädt der dbb beamtenbund und tarifunion zu seiner 55. Jahrestagung nach Köln ein. Mit der Frage „Stets zu Diensten?“ soll der Blick auf den „Staat im 21. Jahrhundert“ gerichtet werden. Dabei stehen unterschiedliche Aspekte im Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung und Gesellschaft zur Diskussion.

Es ist der öffentliche Dienst, der tagtäglich rund um die Uhr dafür sorgt, dass Deutschland funktioniert. Doch die Rahmenbedingungen werden immer schwieriger: Hunderttausende altersbedingt ausscheidende Mitarbeiter, einschneidende Veränderungen aufgrund des demografischen Wandels, wachsender Fachkräfte- und Nachwuchsmangel. Wie steht es um die Wertschätzung von Politik und Öffentlichkeit für die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst? Und was muss getan werden, damit der Staat auch im 21. Jahrhundert weiter „stets zu Diensten“ sein kann?

Zum traditionellen „Schlagabtausch“ zwischen Beschäftigten und Dienstherrn begrüßt der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am Montag, 6. Januar 2014, Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Außerdem werden am ersten Tag Norbert Walter-Borjans, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, und Margot

Käßmann von der EKD erwartet, die ihren Fachvortrag unter das Motto „Reformation und Politik – Herausforderungen im 21. Jahrhundert“ stellt. Aktuelle Probleme des öffentlichen Dienstes werden von den innenpolitischen Sprechern der im Bundestag vertretenen Parteien debattiert.

Die Frage „Soziale Marktwirtschaft oder vermarkteter Sozialstaat?“ steht im Mittelpunkt des folgenden Kongresstages (Dienstag, 7. Januar), an dem unter anderem Annegret Kramp-Karrenbauer, die Ministerpräsidentin des Saarlandes, ihre Einschätzung vortragen wird. Neben dem Tagungsthema werden in Köln traditionell auch alle anderen Entwicklungen rund um den öffentlichen Dienst diskutiert, darunter die Einkommensrunde 2014 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen. (01/50/13)

dbb fordert systemgerechte Übertragung der „Rente mit 63“ ins Beamtenrecht

(dbb) Wenn die im Koalitionsvertrag vorgesehene Rente mit 63 und die Mütterrenten umgesetzt werden, müssen diese Vergünstigungen auch für Beamtinnen und Beamte gelten. „Wir fordern die systemgerechte Übertragung von Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere der verbesserten Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten vor 1992 und der Verlängerung der Zurechnungszeit, in das Beamtenversorgungsrecht. Alles andere wäre sachlich nicht zu begründen und schlicht ungerecht“, sagte der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 12. Dezember 2013).

In den Koalitionsverhandlungen waren nach Angaben von Beteiligten die Auswirkungen der Rentenpläne auf die Beamten kein Thema. „Über eine Übertragung der Rentenpläne von Union und SPD auf Beamte und Pensionäre haben wir in den Koalitionsverhandlungen nicht gesprochen. Aber da wir ja die Rente mit 67 wirkungsgleich auf die Beamten übertragen, ist es nur logisch, dass der Beamtenbund nun auch eine Übertragung der vereinbarten Verbesserungen auf seine Klientel fordert“, zitiert die „FAZ“ den CDU-Rentenpolitiker Peter Weiß. Weiß, der als Mitglied der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales den Koalitionsvertrag mit aushandelte, verweist darauf, dass viele Beam-

te des mittleren und gehobenen Dienstes, die mit 18 Jahren in den Beruf gingen, künftig in den Genuss der geplanten „Rente mit 63“ nach 45 Beitragsjahren kommen könnten.

Außerdem wollen die Koalitionäre den Müttern von vor 1992 geborenen Kindern künftig zwei statt bisher ein Jahr Kindererziehung auf die gesetzliche Rente anrechnen. Von der Regelung, die auch von Juli 2014 an gelten soll, profitieren fast neun Millionen Mütter. Beamtinnen in Bund und Ländern, die vor 1992 Mutter geworden sind, bekommen derzeit je Kind sechs Monate Kindererziehung auf die Pension angerechnet. Der dbb könne sich ebenfalls

eine Verdopplung der Anrechnung vorstellen, wie sie den gesetzlich Rentenversicherten zugesichert ist, so die „FAZ“. Mütter, die 1992 oder später Kinder geboren haben, werden bei

Rente und Pension gleichermaßen drei Jahre je Kind angerechnet.
(02/50/13)

dbb Chef gratuliert Bundesinnenminister de Maizière zur Ernennung

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat Thomas de Maizière am 17. Dezember 2013 zu seiner Ernennung als Bundesminister des Innern gratuliert. „Der dbb freut sich auf die Zusammenarbeit mit Thomas de Maizière. Mit seiner Kompetenz und Erfahrung wird er die anstehenden großen Herausforderungen, gerade auch im Bereich des öffentlichen Dienstes, zweifellos meistern“, sagte der dbb Chef.

„Die Einkommensrunde mit Bund und Kommunen im Jahr 2014, der demografische Wandel, die Nachwuchsgewinnung, die Verwaltungsmodernisierung und der Umgang mit den Folgen der Föderalismusreform I: Alle diese The-

men werden uns beschäftigen. Der dbb versteht sich dabei wie bisher als konstruktiver Partner der Politik und insbesondere des Bundesinnenministers“, so Dauderstädt.
(03/50/13)

Betriebsratswahlen 2014: Internet-Sonderseite des dbb freigeschaltet

(dbb) „Betriebsräte sind die wichtigsten Ansprechpartner der Beschäftigten vor Ort“, schreibt der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in seinem Wahlauf Ruf zu den regulären Betriebsratswahlen, die von März bis Mai 2014 stattfinden. Ohne den Einsatz der Betriebsräte seien die Ziele des dbb, wie beispielsweise eine positive Einkommensentwicklung, flexible Arbeitszeitregelungen, Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder lebenslange Qualifizierung nicht möglich. Daher unterstützt der dbb seine Mitgliedsgewerkschaften mit vielen praktischen Hilfestellungen, die auf einer Internetsonderseite zusammengefasst sind.

Auf der Seite, die über die dbb Homepage erreichbar ist, sind neben allgemeinen Hinweisen, wie etwa zu den rechtlichen Rahmenbedingungen, eine umfangreiche Sammlung an weiterführenden Materialien exklusiv für Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften hinterlegt. „Die Betriebsratsmitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften haben bewiesen, dass sie große Qualitäten besitzen. Sie werden zudem von ihren Fachgewerkschaften und vom dbb

als Dachverband unterstützt. Sie verfügen damit neben dem aktuellen Fach- auch über ein fundiertes Hintergrundwissen. Sie sind mit den Verhältnissen des jeweiligen Betriebs auf das Beste vertraut. Diese Nähe ist unsere Stärke“, wirbt der dbb Chef bei den Wahlberechtigten um Unterstützung. „Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Gewerkschaften!“
(04/50/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB: Kein Stellenabbau ohne Aufgabenabbau

(dbb) „Wer Stellen abbaut, muss den Bürgerinnen und Bürgern sagen, welche Leistungen künftig wegfallen, die dann teurer bei privatisierten Anbietern eingekauft werden müssen“, kommentierte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, den von der Bayerischen Staatsregierung angekündigten Stellenabbau im öffentli-

chen Dienst. „Die Politik muss sich einen solchen Schritt gut überlegen“, warnte der BBB-Chef am 16. Dezember 2013 .

Bereits heute herrsche in vielen Dienststellen permanente Überlastung. „Die Aufgaben im öffentlichen Dienst bleiben, das Personal wird weniger. Diese Gleichung geht nicht auf. Da bewegen wir uns schon lange an der Grenze des Machbaren.“

Die Bayerische Staatsregierung hatte wenige Tage zuvor im Rahmen einer Kabinettsklausur angekündigt, trotz Rekordeinnahmen im Haushalt eine strikte Sparpolitik verfolgen zu wol-

len. Vorgesehen ist dabei auch ein Abbau von insgesamt 4000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2019. „Vor einem weiteren Stellenabbau müsse in jedem Fall eine eingehende Aufgabenprüfung stehen“, forderte Habermann und erinnerte an die immer wieder auftauchenden Probleme bei der Deutschen Bahn und bei der Post. Auch deren Engpässe seien durch zu ambitionierten Personalabbau entstanden. (05/50/13)

dbb Hessen warnt schwarz-grüne Koalition: Öffentlichen Dienstes nicht von Einkommensentwicklung abkoppeln

(dbb) „Die bekannt gewordenen Vereinbarungen von Schwarz-Grün sind für den dbb Hessen nicht hinnehmbar“, stellte die Landesvorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, am 18. Dezember 2013 in Frankfurt klar. „Es kann nicht sein, dass die notwendige Haushaltskonsolidierung ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durchgeführt wird.“

Insbesondere die Festschreibung der Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten für die nächsten Jahre mit 1 Prozent pro Jahr führe zu einer weiteren Abkoppelung von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Zusätzlich kämen wohl noch massive Verschlechterungen im Beihilferecht, so Wiegand-Fleischhacker weiter. Als richtig bezeichnete die dbb Landesvorsitzende, dass die Mittel, die infolge der zurückgehenden Schülerzahlen nicht aufgewendet werden müssen, den Schulen zu gute kommen sollen. Dies sichere den Eltern unter anderem eine verlässliche Nachmittags-Betreuung für ihre Grundschul-Kinder.

Wenn in den nächsten fünf Jahren aber gleichzeitig 1750 Stellen in der Verwaltung

eingespart werden sollen, stoße dies auf massives Unverständnis im öffentlichen Dienst. „Die Arbeit wird nicht weniger, wenn man Stellen streicht“, sagte Wiegand-Fleischhacker. „Darüber tröstet auch nicht die halbherzige Abkehr von der 42-Stunden-Woche hinweg.“ Durch eine Stärkung der Steuerverwaltung könnten beispielsweise die Einnahmen deutlich zunehmen. Völlig unverständlich ist für den dbb Hessen die Ankündigung, dass das Land Hessen nicht in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren wolle. Wiegand-Fleischhacker kündigte an, dass der dbb Hessen mit der neuen Landesregierung baldigst in Gespräche eintreten werde. (06/50/13)

dbb saar fordert systemgerechte Übertragung des Rentenrechts ins Beamtenrecht

(dbb) Der saarländische dbb Landesbund begrüßt das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Vorhaben von Verbesserungen im Rentenrecht. Wenn die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren und die Mütterrente umgesetzt werden, müssten diese Vergünstigungen auch für die Beamtinnen und Beamte gelten.

„Wir fordern die systemgerechte Übertragung von Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere eine verbesser-

te Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten vor 1992 in das Beamtenversorgungsrecht. In der Vergangenheit wurden sämtliche renten-

rechtliche Maßnahmen systemkonform auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Deshalb wäre es nur konsequent, künftige Verbesserungen im gesetzlichen Rentensystem auch in das Beamtenversorgungsrecht zu übertragen. Alles andere wäre sachlich nicht zu begründen und schlicht ungerecht“, stellte der dbb Landeschef Ewald Linn am 16. Dezember 2013 klar.

In einem Schreiben an die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer schlägt der dbb im Rahmen der laufenden Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“ vor, sachgerechte Lösungen - im Geleitzug von Bund und Ländern - auch für die Landesbeamtinnen und Landesbeamte, die bisher den Löwenanteil der Haushaltskonsolidierung getragen haben, festzulegen.
(07/50/13)

Sachsen-Anhalt beschließt Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe

(dbb) Das Landesparlament von Sachsen-Anhalt hat am 11. Dezember 2013 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen - und gegen den Protest des dbb Landesbundes - die Einführung einer nach Besoldungsgruppen gestaffelten Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe beschlossen. Maik Wagner, Landeschef des dbb sachsen-anhalt, zeigte sich enttäuscht. Die Politik habe nicht hinreichend gewürdigt, dass die Beamten heute schon durch die geltenden Zuzahlungen bei Arzneimitteln, Krankenhausbehandlungen oder Medizinprodukten in erheblichem Umfang zur Kostensenkung beitragen.

„Anders als die gesetzlich Versicherten kommen die Beihilfeberechtigten nicht in den Genuss von Entlastungen, wie zum Beispiel Beitragsstabilität oder Bonussysteme“, sagte Wagner. Der dbb Landesvorsitzende appellierte an die Landtagsabgeordneten, sich bei den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2015 im zuständigen Fachausschuss über die aktuelle Entwicklung der Beihilfeausgaben berichten zu lassen, um festzustellen, ob die Notwendigkeit der Kostendämpfung bei den Beihilfeausgaben weiter besteht.

Beim Abzug einer Pauschale in der Beihilfe handelt es sich nach Auffassung des dbb sachsen-anhalt um plumpes Abkassieren der Beam-

tinnen und Beamten. Ginge es der Politik um die Stärkung der gesundheitlichen Eigenverantwortung, so müsste das durch die Kostendämpfungspauschale ersparte Geld systemkonform im Regelungskreis der Beihilfe eingesetzt werden. „Beamtinnen und Beamte an den Kosten der Beihilfeentwicklung zu beteiligen, geht das Problem nicht dort an, wo es entsteht - nämlich bei den explodierenden Kosten der Anbieter im Gesundheitswesen“, so Wagner. Nach der Streichung des Weihnachtsgeldes und den um sechs Monate zeitversetzten Besoldungsanpassungen 2013 und 2014 sei die Kostendämpfungspauschale eine neuerliche einseitige Belastung für die Beamten.
(08/50/13)

Knecht: Landesbildungsministerium verunsichert Lehrerschaft

(dbb) Der dbb mecklenburg-vorpommern hat seine Kritik an der Landesregierung wegen ihrer Pläne erneuert, Bestandslehrer nur bis zum Alter von 40 Jahren zu verbeamten.

Landesbundvorsitzender Dietmar Knecht sagte anlässlich einer Infoveranstaltung zur Lehrerverbeamtung im Land am 11. Dezember 2013 vor jungen Lehrerinnen und Lehrern aus beruflichen Schulen Westmecklenburgs: „Ich bleibe bei meiner Forderung, Übergangslösungen bis 45 Jahre zu schaffen, das ist auch in der allgemeinen Verwaltung des Landes so üblich und entgegen anderslautenden Meinungen bisher nicht geändert worden. Außerdem verkürzt das 45. Lebensjahr die Phase bis zum

Wirksamwerden von Ausgleichsmaßnahmen für Bestandslehrer aus der Bildungsinitiative“.

Im Übrigen zolle der dbb m-v Bildungsminister Mathias Brodkorb Respekt und Anerkennung, weil er zur Attraktivitätssteigerung Verbeamtungen von Lehrerinnen und Lehrern nach fast einem Viertel Jahrhundert insbesondere gegen Kritiker aus seiner eigenen Partei durchgesetzt habe.

„Dennoch verunsichert des Bildungsministerium Betroffene in einem Schreiben, wenn darin behauptet wird, Vordienstzeiten würden für die Berechnung von Erfahrungsstufen nur bis maximal fünf Jahre anerkannt. Das widerspricht

geltender Gesetzeslage“, so Knecht. Das Bildungsministerium habe nicht die Kompetenz, das Landesbesoldungsrecht auszuhebeln. (09/50/13)

Keine Praxisgebühr mehr für Berliner Beamte – Kritik an „Änderung im Schneckentempo“

(dbb) Der Senat von Berlin hat am 10. Dezember 2013 mitgeteilt, dass für Berliner Beihilfeberechtigte (Beamte und Pensionäre) die sogenannte Praxisgebühr entfallen soll. Die bereits in den Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und des Bundesbeihilferechts geltende Regelung soll damit auf den Berliner Landesdienst übertragen werden. Der Senat hat dazu den von Innensenator Frank Henkel vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften zur Kenntnis genommen.

Seit 2004 werden im Land Berlin die Beihilfeberechtigten unter anderem auch mit der sogenannten Praxisgebühr wie gesetzlich Krankenversicherte belastet.

Die Änderungen im Beihilferecht sollen rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Das hat zur Folge, dass den Beihilfeberechtigten die im Jahr 2013 bei der Beihilfegewährung als „Praxisgebühr“ einbehaltenen Beträge erstattet werden. Die Vorlage wird zunächst dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet.

„Selbstverständlich begrüßt der dbb berlin die rückwirkende Abschaffung der Praxisgebühr. Wir kritisieren hierbei allerdings die unendlich lange Zeit, die sich der Senat für diese Änderung, die andere Bundesländer schon längst getroffen haben, genommen hat“, sagte Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin, und sprach von einer „Änderung im Schneckentempo“.

(10/50/13)

DPOIG Bundespolizeigewerkschaft: Erfreut über Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Innenminister de Maizière

(dbb) "Mit der Rückkehr von Thomas de Maizière steht endlich wieder ein Politprofi mit Durchsetzungskraft und echtem Sachverstand an der Spitze des Ministeriums", bewertete Ernst G. Walter, der Vorsitzende der DPOIG Bundespolizeigewerkschaft, am 17. Dezember 2013 den Führungswechsel im Bundesministerium des Innern (BMI). „Die Zeiten der Untätigkeit und Entscheidungsschwäche in Sachen Bundespolizei sowie der beleidigten Sprachlosigkeit im Umgang mit Polizeigewerkschaften sind endlich vorbei."

In der ersten Amtszeit von Minister de Maizière habe man wichtige Projekte zur Fortentwicklung der Bundespolizei gemeinsam beraten und einzelne auch sehr konkret vereinbart, die nach dem Wechsel des Ministers von seinem Nachfolger und jetzt abgelösten Vorgänger jedoch nur freudlos bis gar nicht weiter verfolgt wurden, so Walter weiter.

Der 2. Vorsitzende der DPOIG Bundespolizeigewerkschaft Hans-Joachim Zastrow benennt ganz konkret eines dieser Projekte. „Seinerzeit wurde mit Minister de Maizière verabredet, die Schere zwischen der höheren Anzahl von

Dienstposten zu den vorhandenen Beschäftigten in der Bundespolizei weiter zu schließen. Im Gegenzug wurde vom Ministerium eine funktionsgerechte Anhebung aller vergleichbaren Dienstposten zugesagt.“ Gegen den erklärten Willen der DPOIG sei die von de Maizière damals eigens dafür unter Beteiligung der Gewerkschaften eingerichtete Arbeitsgruppe zum Organisations- und Dienstpostenplan (AG ODP) von seinem Amtsnachfolger Hans-Peter Friedrich wieder aufgelöst worden. „Durch das offensichtlich fehlende Interesse Friedrichs für die Bundespolizei verlief die Dienstpostenhebung als zweiter Teil der Vereinbarung bisher

nur äußerst schleppend und völlig unkontrolliert", kritisiert Zastrow.

Nach dem Führungswechsel im BMI fordert die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft die wichtigsten Themen der Bundespolizei in einem 365-Tage-Programm anzupacken und voranzubringen. Darunter: Umgehende Schließung der vorhandenen Personallücken, Schaffung eines Laufbahnrechts, das die Umsetzung eines

schlüssigen Personalentwicklungskonzeptes mit attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten erlaubt, Zuweisung von Haushaltsmitteln für notwendige Beförderungen in Vollzug und Verwaltung, gerechtere Eingruppierungen im Tarifbereich sowie sachgerechte Erhöhung der Sachmittelzuweisung für eine reibungslose Aufgabenerfüllung.

(11/50/13)

GDL: Streik möglich

(dbb) Der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, hat im Gespräch mit der Tageszeitung "neues deutschland" (Ausgabe vom 13. Dezember 2013) einen möglichen Streik der Lokführer Anfang 2014 angekündigt. Die seit über zwei Jahren andauernden Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn um einen Zukunft-Tarifvertrag hatte die GDL jüngst für gescheitert erklärt.

Zu den Forderungen gehört „eine Lizenzverlustversicherung für Lokführer, die beispielsweise nach Suiziden auf der Strecke aufgrund der psychischen Belastung ihren Beruf nicht mehr ausüben können“, sagte Weselsky dem Blatt. Sollte bis Mitte Januar kein Angebot der Arbeitgeber vorliegen, werde es zum Arbeitskampf kommen.

Die von CDU und SPD im Koalitionsvertrag angekündigte Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit

kritisierte Weselsky, der auch dbb Vize ist, scharf: „Es sieht in der Tat so aus, dass sich die Bundesregierung im Auftrag der Unternehmerlobby, aber auch der großen DGB-Gewerkschaften auf die Fahne geschrieben hat, die Berufs- und Spartengewerkschaften auszuschalten“, sagte er und kündigte Widerstand gegen das Gesetz in Zusammenarbeit mit den anderen Berufsgewerkschaften wie der Ärztegewerkschaft Marburger Bund an.

(12/50/13)

DPoIG zu Vorratsdatenspeicherung: Deutscher Gesetzgeber soll EU-Urteil abwarten

(dbb) Nach dem Gutachten über die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) dafür plädiert, mit einer deutschen Regelung zu warten, bis das EU-Urteil vorliegt.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt bezeichnete am 12. Dezember 2013 die Ausführungen des EU-Generalanwalts als „Auftrag an die Politik zur grundrechtskonformen Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung.“ Wendt: „Mit diesem Gutachten wurde die Vorratsdatenspeicherung nicht beerdigt. Es wurden vielmehr die hohen Anforderungen formuliert, die erfüllt sein müssen, wenn dieses sensible Instrument grundrechtskonform angewendet werden soll. Insofern haben uns die Ausführungen des EU-Generalanwalts weder überrascht, noch entsetzt - sie waren zu erwarten. Wir haben immer darauf gedrängt, dass der Zugriff auf die Daten nur für die Aufklärung schwerer Verbrechen möglich sein soll.“

Das Gutachten bemängelt das Fehlen klarer Regelungen zum Zugriff auf und die Verwendung von gespeicherten Daten. „Der Gutachter identifiziert damit ein großes Defizit der bisherigen Praxis. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, dass Datenspeicherung nur da erfolgen kann, wo europäisches Recht gilt, das notfalls auch kontrolliert und durchgesetzt werden kann. Wir fordern deshalb, dass eine präzise gesetzliche Regelung jetzt formuliert wird, die vor dem Europäischen Gerichtshof Bestand hat“, so Wendt.

Der deutsche Gesetzgeber könne zwar jetzt bereits wichtige Vorarbeit für eine deutsche

Regelung leisten, sollte aber mit dem Gesetzgebungsverfahren warten, bis das EU-Gerichtsurteil erschienen ist, schlug der DPoIG-

Chef vor. „Hier geht eindeutig Rechtssicherheit vor Schnelligkeit.“
(13/50/13)

BLBS gegen EU-Pläne zur Liberalisierung in Handwerksberufen

(dbb) „Der Meisterbrief bildet in fachlicher und betriebswirtschaftlicher Hinsicht die Basis für eine erfolgreiche Unternehmensführung. Qualität und Leistung der Handwerksbetriebe in der dualen Ausbildung sind zusammen mit dem Partner Berufsschule im Vorzeigeland der dualen Berufsausbildung vorbildhaft und gelten als Muster für viele Staaten in Europa“, mit diesen Worten erteilte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Eugen Straubinger, den von der EU-Kommission geplanten Liberalisierungsmaßnahmen in bisher zulassungspflichtigen Handwerksberufen eine klare Absage.

Der BLBS-Vorsitzende forderte die neue Bundesregierung auf, gegenzusteuern. „Mit einer Korrektur der Handwerksordnung sollte die Meisterpflicht für die rund 40 zulassungspflichtigen Handwerksberufe auf jeden Fall erhalten und für eine größere Zahl zulassungsfreier Berufe wieder eingeführt werden“, sagte Straubinger am 16. Dezember 2013. „Nur so kann garantiert werden, dass die erfolgreiche

duale Berufsausbildung der beiden Partner Handwerk und Berufsschule in Deutschland erhalten bleibt.“

Die EU-Kommission plant, den Zugang zu bisher zulassungspflichtigen Berufen noch weiter zu erleichtern, in dem die Mitgliedsstaaten Zulassungsbeschränkungen abbauen sollen.
(14/50/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) **Helene Wildfeuer**, die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, die sich auch als stellvertretende Landesvorsitzende und Bezirksvorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg) engagiert, hat für ihre Verdienste um das Finanzwesen in Bayern am 16. Dezember 2013 die Finanzmedaille erhalten. Die Auszeichnung wurde ihr vom bayerischen Staatsminister für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, verliehen. Die Oberregierungsrätin ist seit 1970 Mitglied in der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg). Als Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung in der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, gestaltet Wildfeuer die Gewerkschaftspolitik für Beschäftigte im öffentlichen Dienst mit. Bereits 2003 hatte ihr der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Vom 10. bis 12. Dezember 2013 hat in Berlin zum fünften Mal die bundesweite Arbeitsgruppe der Jobcenterpersonalräte getagt. Diskutiert wurden aktuelle Themen, die die Kolleginnen

und Kollegen in den rund 300 Jobcentern beschäftigen. Unter dem Motto „Vielfalt unter einem Dach“ unterstützt der **dbb** die in dem Gremium vertretenen Personalratsvorsitzenden von **vbba** (vereinigung der beschäftigten der berufs- und arbeitsmarktdienstleister), **komba** gewerkschaft und **GdS** (Gewerkschaft der Sozialversicherung). In Vorbereitung auf die Sitzung hatten sich der dbb und die unter seinem Dach organisierten Gewerkschaften vbba, komba und GdS auf eine gemeinsame Position zu der geplanten Einführung der neuen Software „Allegro“ in den Jobcentern verständigt. Die Fachsoftware, die das Fachprogramm „A2LL“ ersetzt, kann aus Sicht des dbb nur erfolgreich integriert werden, wenn den Jobcentern dafür zusätzliches qualifiziertes Personal bereitgestellt und der Einführungsprozess durch umfassende Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen begleitet wird.

„Jetzt muss erst die konkrete Ausgestaltung der rentenrechtlichen Regelungen abgewartet werden“, erklärte der Chef des Bayerischen

Beamtenbundes (BBB) **Rolf Habermann**, zur Frage einer möglichen Übernahme der Rente mit 63 Jahren für Beamte. In der Vergangenheit wurden sämtliche rentenrechtlichen Maßnahmen systemkonform auch für die Beamtinnen und Beamten übertragen. Es sei daher nur konsequent, dass die nun im Koalitionsvertrag vereinbarten Verbesserungen im gesetzlichen Rentensystem daraufhin überprüft werden. „Ich bin sehr optimistisch, dass wir zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung sachgerechte Lösungen für die Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern finden“, betonte Habermann am 13. Dezember 2013.

Die kommissarische Vorsitzende des Verbandes der Rechtspfleger des Bundes (VRB) **Diana Böttger**, hat die Bereitschaft ihrer Standesvertretung erklärt, den notwendigen Veränderungsprozesse in der Justiz mitzutragen und mitzugestalten. Die Mitglieder des VRB seien sich bewusst, dass die Justiz vor großen Herausforderungen stehe, räumte Böttger am 17. Dezember 2013 in ihrem Gratulationsschreiben an Heiko Maas, den neuen Minister für Justiz und Verbraucherschutz, ein: Einsparvorgaben in den Haushalten des Bundes und der Länder hätten Auswirkungen auf die finanzielle und personelle Ausstattung und damit auf die Funktionsfähigkeit der Justiz, so Böttger weiter. „Die Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung der freiheitlichen Grundordnung muss jedoch das oberste Gebot sein. Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger leisten in allen ihren Aufgabenbereichen dazu einen ganz wesentlichen Beitrag. Sie stehen für eine bürgernahe und effiziente Justiz.“

Am 10. Dezember 2013 kam die Tariff Kommission des **dbb** erneut mit der Arbeitgeberseite der Ostprignitz-Ruppiner Rettungsdienste GmbH zusammen. Beide Seiten wollten letzte Unstimmigkeiten in einer gemeinsamen Runde ausräumen. Dieses Ziel wurde erreicht. Inhaltlich liegt ein vollständiger Kompromiss für alle Beschäftigten vor. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Für eine Vielzahl von Beschäftigten wird es sofort zu spürbaren Verbesserungen kommen. Wichtigster Teil der Einigung ist die künftige Angleichung der Gehälter an vergleichbare Tarifverträge. Allerdings kann der Tarifvertrag erst nach Abschluss der Redaktionsverhandlungen und der Zustimmung der zuständigen Gremien Anfang nächsten Jahres umgesetzt werden, so dass angefallene Rückstände nachträglich im kommenden Jahr ausbezahlt werden.

Die Dienstkleidung beim Zoll wird künftig kosten- und steuerfrei bereitgestellt. Der bislang erhobene Eigenanteil entfällt ersatzlos. Damit wird eine zentrale Forderung von **Deutscher Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ** und BDZ-geführtem Hauptpersonalrat zur Neuordnung des Dienstkleidungswesens in der Zollverwaltung erfüllt. Wie der BDZ am 12. Dezember 2013 mitteilte, hat das Bundesfinanzministerium angekündigt, die notwendige besoldungsrechtliche Umsetzung nach der endgültigen politischen Entscheidung durch Finanzstaatssekretär Werner Gatzler zu veranlassen.

Die nächste Ausgabe des dbb aktuell erscheint nach der Jahrestagung in Köln am 9. Januar 2014. Wir wünschen allen Lesern erholsame und harmonische Weihnachtsage und einen guten Start in ein erfolgreiches Jahr 2014.

